

SPD hat Hausaufgaben gemacht Klarer Kurs für Westerstede

Pünktlich zum Jahresschluss legen die Westersteder Genossen als Bearbeitungsergebnis aus den Vorjahren ihr Programm für 2009 vor.

„Bürgerstadt“ Westerstede bleibt erstes Ziel.

Wir haben uns mit nahezu allen großen kommunalpolitischen Themen dieser Zeit unter Rückgriff auf die aktuellen überregionalen fachlichen Diskussionen beschäftigt und diese auf Westerstede zwischenzeitlich gedanklich herunter gebrochen. Das setzt uns in die glückliche Lage, für diverse Problemkreise konkrete Arbeitsvorschläge unterbreiten zu können, die alle ineinander greifen und auch eine Politik aus einem Guß ermöglichen.

Ein großer Teil kommunaler Aufgaben lässt sich heute nicht mehr einfach nur einem Fachbereich zuordnen sondern hier sind ressortübergreifend alle gefragt. Die Sozialdemokraten wünschen sich vor allem ein Konzept für den demographischen Wandel, welches deutliche Anreize setzt, die Bevölkerungsstruktur möglichst ausgewogen zu halten, sie erwarten darüber hinaus aber auch, dass die Politik das Zusammenleben in der Stadt so gestaltet, dass auch bei absehbaren Einschränkungen in den öffentlichen Ressourcen für die Bürgerinnen und Bürger ein bestimmter Versorgungsstandart gehalten werden kann. Hierzu gehört nach Auffassung der Sozialdemokraten auch, dass die Bevölkerung durch Transparenz in den Entscheidungsprozessen darauf vorbereitet wird, welche Aufgaben möglicherweise in der Zukunft nicht mehr ohne tätigen Einsatz der Bürger wahrgenommen werden können.

Es sei diesbezüglich Anschluss zu halten an das Leitbild des deutschen Städtetages, der seit geraumer Zeit seine Mitglieder ermahne, die Voraussetzungen zu schaffen, in denen sich gesellschaftliche Strukturen hin zur „Zivilgesellschaft“ etablieren.

Allerdings bedeutet dies auch, dass im Vorbereitungsbereich seitens der Politik alle Anstrengungen unternommen werden müssten, die Haushaltswirtschaft der Stadt unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu durchleuchten, damit sichtbar wird, ob die Verschuldung konjunkturell oder etwa strukturell bedingt ist.

Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit des Verwaltungshandelns bilden sich in unserem Haushalt derzeit nicht ab, kritisiert die SPD.

Im Zentrum der Überlegungen stünden lediglich die Finanzmittel, aber nicht das, was mit ihnen erstrebt würde, es gäbe bereits Kommunen, die dieses Problem erkannt und in ihrem Haushalt eine dem gemäße Output-Orientierung vorgenommen haben.

Die Umstellung des Haushaltes von der Kameralistik auf die Doppik wäre eine große Chance gewesen, eine umfassende Reform des Haushaltes in Angriff zu

nehmen, an deren Ende ein transparenter, outputorientierter Bürgerhaushalt hätte stehen können.

Diese Chance ist nach Auffassung der Sozialdemokraten noch nicht endgültig vertan.

Auch andere strukturelle Umwälzungen mit Auswirkungen auf die städtebauliche Diskussion, wie sie beispielsweise im Einzelhandel zu verzeichnen sind, seien noch durch Intervention aufzufangen und könnten gesteuert werden.

Hierzu sei es indessen erforderlich, dass die Politik in Westerstede sich mit den überregionalen Mega-Trends ernsthaft befasse, und anerkenne, dass die örtlichen Belange von diesen Trends in hohem Maße abhängig seien.

Martina Steguweit-Behrenbeck